



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 9 - Plenarwoche 13.-16. Januar 2003

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen - Arbeitsprogramme 2003

Sowohl die Europäische Kommission als auch die griechische Regierung, die bis Ende Juni 2003 den Vorsitz im Ministerrat innehat, haben ihre Arbeitsprogramme für 2003 vorgelegt. Ein Arbeitsprogramm gibt Auskunft darüber, in welchen Politikbereichen Prioritäten gesetzt werden und wo Gesetzgebungsinitiativen zu erwarten sind. Sie sind mit einer Regierungserklärung am Anfang einer Legislaturperiode des Bundestags vergleichbar. Die Kommission gibt in ihrem Arbeitsprogramm bekannt, welche Gesetzgebungsvorschläge in 2003 auf der Tagesordnung stehen. Gleichzeitig kann dort abgelesen werden, in welchen Politikbereichen über 2003 hinaus Gesetze zu erwarten sind (http://europa.eu.int/comm/off/work_programme/index_de.htm). Das Arbeitsprogramm der halbjährigen Ministerratspräsidentschaft legt Kernbereiche fest, die auf der politischen Agenda ganz oben stehen. Die griechische Ratspräsidentschaft will sich mit der EU-Erweiterung, der Einwanderungs- und Asylpolitik, den Außenbeziehungen mit den Balkanstaaten und der ehemaligen Sowjetunion, der Wettbewerbsfähigkeit der EU und der zukünftigen Verfassung Europas beschäftigen (www.eu2003.gr).

II. Das Europäische Parlament hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Wahl des neuen EU-Bürgerbeauftragten

Nikiforos Diamandouros wurde von den Abgeordneten zum neuen Bürgerbeauftragten der EU gewählt. Jede natürliche oder juristische Person mit legalem Aufenthalt in der Europäischen Union hat das Recht, sich beim Europäischen Bürgerbeauftragten, auch Ombudsmann genannt, über Mißstände innerhalb des Tätigkeitsbereichs der EU-Institutionen zu beschweren. Dieser führt dann auf der Basis der eingegangenen Beschwerden oder auch aus eigener Initiative Untersuchungen über eventuelle Mißstände in der Verwaltungstätigkeit der Organe der Europäischen Union durch. 1992 wurde das Amt des Europäischen Bürgerbeauftragten mit Sitz in Straßburg durch den Vertrag von Maastricht geschaffen (Homepage des Bürgerbeauftragten: www.europarl.eu.int/ombudsman/home/de/default.htm).

2. Öffnung der Schienenfrachtdienste

Die Parlamentarier beschlossen eine Richtlinie zur Entwicklung der Eisenbahnunternehmen in der EU. Sie wollen erreichen, daß die Schiene bis 2010 einen größeren Beitrag zum Gütertransport leistet. Dazu ist eine vollständige Liberalisierung der europäischen Eisenbahnnetze erforderlich. Die Bahnnetze sollen bis zum 1. 1. 2006 für grenzüberschreitende und nationale Frachtdienstleistungen

sowie internationale Personendienstleistungen geöffnet werden. Bis zum 1.1.2008 soll auch der nationale Personenverkehr geöffnet werden. Um der stetigen Transportverlagerung auf die Straße besser entgegenzuwirken, fordern die Abgeordneten zudem einen ungehinderten Zugang von Unternehmen wie Verlader und Spediteuren zur Bahninfrastruktur.

3. EU verbietet Tierversuche für Kosmetika

Das Europäische Parlament konnte sich im Vermittlungsverfahren gegenüber dem Ministerrat mit seiner Forderung durchsetzen, dass ab 2009 für die meisten Testmethoden für Kosmetika ein Verbot für Tierversuche sowie ein Vermarktungsverbot für in Tierversuch getesteten Kosmetika gelten werden. Für drei Testmethoden, für die es bis jetzt keine Alternativen gibt, gilt ein Vermarktungsverbot ab 2013. Dies gilt auch für nicht aus der EU stammende Produkte. Substanzen, die krebserzeugend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend sind, werden verboten, allergieerregende Stoffe müssen künftig deutlich gekennzeichnet werden.

4. Aquakultur in der EU fördern

Auf die besondere Bedeutung der Fisch- und Muschelzucht angesichts der immer weiter abnehmenden Bestände in der offenen See wiesen die Europaabgeordneten hin. Der wertmäßige Anteil der Aquakultur am EU-Fischereisektor liege jetzt bei gut 27 Prozent mit steigender Tendenz und betreffe zudem 57.000 Arbeitsplätze. Dies ist vor allem für die Küstenregionen der EU von großer Bedeutung, da es kaum Beschäftigungsalternativen gebe. Nach Auffassung der Abgeordneten soll die EU deshalb die Aquakultur nicht nur durch Zuschüsse bei Forschung und Entwicklung fördern, sondern den Fischerei-Ausrichtungsfonds auch für diesen Sektor öffnen. Entscheidend sei dabei, daß nicht nur die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Aquakultur erhalten bleibt, sondern auch dem berechtigten Interesse der Verbraucher an ökologisch unbedenklichen und sicheren Lebensmitteln Rechnung getragen wird.

5. Aufwertung der Regionen in der EU

Die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften soll nach einer Empfehlung der Europaparlamentarier an den Europäischen Konvent in einer zukünftigen Verfassung der EU gestärkt werden. Dabei geht es vor allem nur um eine Garantie der kommunalen Selbstverwaltung auf europäischer Ebene. Die europäischen Regionen sollen darüber hinaus stärker in den EU-Entscheidungsprozeß einbezogen werden, wobei die direkte Konsultation insbesondere über den der Regionen abgewickelt werden soll. Die Regionen, also in Deutschland die Bundesländer, nicht jedoch einzelne Städte und Gemeinden, sollen unter Berufung auf den Subsidiaritätsgrundsatz ein Klagerecht "unter Aufsicht der Mitgliedstaaten" erhalten, wenn Rechtsakte der EU in regionale Befugnisse eingreifen.

6. Weitere Themen waren unter anderem:

- Assoziierungsabkommen mit dem Libanon
- Aktivitäten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
- Schutz vor Billigflugangeboten aus Drittstaaten
- Europäisches Grenzschutzkorps
- Not in Nordkorea: Hilfe nur mit strenger Verwendungskontrolle

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter: www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm. Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.
